

Politisch-historische Ereignisse

Markiere auf dieser chronologischen Liste Einschnitte und ordne so die letzten 250 Jahre in unterschiedliche Phasen ein. Definiere die Kriterien für diese Phasen.

1763, 22. Juli: Manifest der Zarin Katharina II., das Ausländer zur Besiedlung und Urbarmachung freier Ländereien ins Russische Reich einlädt

1764-73: Einwanderung von 30 600 Europäern, vornehmlich Deutschen, nach Russland. Die Mehrheit davon, nämlich 26 676, wurde in das untere Wolgagebiet geführt und dort um die Stadt Saratow in 104 Kolonien angesiedelt. Unterstellung der europäischen Einwanderer unter eine staatliche Sonderbehörde, die »Kanzlei der Vormundschaft für Ausländer«

1764, 29. Juni: Gründung der ersten Siedlung, der Kolonie Nishnjaja Dobrinka

1773-74: Bauern- und Kosakenaufstand von Pugatschow. Die Aufständischen, nomadisierte Kirgis-Kajsaken (Kasachen) und Kalmücken, überfallen und plündern deutsche Siedlungen an der Wolga.

1789: Im Zuge der staatlich geförderten Kolonisation der neu erworbenen Territorien im Schwarzmeergebiet entstehen auf der Insel Chortitza am Dnjepr die ersten Kolonien deutscher Mennoniten in der Südukraine.

1800-42: Neu- bzw. Südrussland oder das Schwarzmeergebiet als neuer Schwerpunkt der staatlichen Kolonisation mit ausländischen Siedlern. Etwa 55 000 Einwanderer aus Süddeutschland und aus Danzig/Westpreußen (Mennoniten), aber auch deutsche Kolonisten aus Polen, wurden von Regierungsbeamten in mehr als 180 landwirtschaftlichen Kolonien in Bessarabien, auf der Krim, am Fluss Dnjepr, unweit des Asowschen Meeres und anderswo angesiedelt.

1804, 20. Februar: Das zentrale Einladungsmanifest Alexanders I. lässt nur bemittelte und »erfahrene« Landwirte und »nützliche« Handwerker zur agrarischen Einwanderung aus Europa zu.

1817-18: 500 pietistische Familien aus Württemberg wandern in den Transkaukasus ein.

1819, 5. August: Einstellung der staatlichen Kolonisationspolitik mit ausländischen Siedlern

1826, 14. August: Zerstörung und Ausraubung der deutschen Kolonie Katharinenfeld in Georgien durch persische und kurdische Räuberbanden

1830er-Jahre bis Ende des 19. Jhs.: Deutsche Siedler im Schwarzmeergebiet erwerben in großem Umfang Land und gründen Hunderte Tochttersiedlungen und Gutshöfe.

1840: Den Deutschen an der Wolga wird aufgrund ihres starken Bevölkerungszuwachses neues Land vorzugsweise auf dem linken Wolgaufer zugewiesen. Bis Ende der 1860er-Jahre gründen sie insgesamt 66 Tochterkolonien.

1853-56: Kolonisten unterstützen logistisch die russischen Truppenteile im Krimkrieg, indem sie sie mit Tierfutter und Lebensmittel versorgen; zudem nehmen sie Tausende verwundete Soldaten zur Pflege auf.

1863 bis 1870er-Jahre: Einwanderer aus Schlesien und deutsche Bauern in Kongresspolen gehen infolge des polnischen Aufstandes verstärkt als Siedler nach Wolhynien.

1871: Endgültige Aufhebung der staatlichen Sonderverwaltung der Kolonisten, die seither »Siedler-Eigentümer« hießen. Deutsche Dörfer und Amtsbezirke behalten die innere Selbstverwaltung, unterstehen jedoch seither der allgemeinen Verwaltung auf Gouvernements- und Kreisebene.

1874: Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Ein Teil der Wolgadeutschen und Mennoniten reagiert mit Auswanderung nach Übersee. Mennoniten dürfen seither einen Ersatzdienst ohne Waffen in besonderen Forstkommandos ableisten.

1860er-Jahre bis 1914: Gründung zahlreicher Tochttersiedlungen im Nordkaukasus, in Westsibirien, im Südural (baschkirische Länder und Orenburg), Turkestan und in der kasachischen Steppe

1889: Beginn der massiven publizistischen Angriffe gegen Kolonisten, vor allem gegen die deutschen Siedler im Südwesten (Wolhynien) und im Schwarzmeergebiet; zunehmende Bemühungen, ihre Rechte einzuschränken

1895: Verbot für die Bauernlandbank, Kredite an Siedler-Eigentümer zu vergeben

1905-14: Deutsche Siedler wandern zunehmend in die USA und nach Kanada aus.

1906, 9. November: erster Erlass zur stolypinschen Agrarreform. Dieser ändert vor allem die Situation der wolgadeutschen Bauern, die jetzt aus der Umteilungsgemeinde austreten, ihre Landanteile in Privatbesitz überführen und darüber frei verfügen können.

1914: Die russischen Staatsangehörigen deutscher Herkunft müssen nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges germanophobe Hetze, Einschränkungen, Verfolgungen und Diskriminierungen erdulden, obwohl mehr als 200 000 von ihnen in der russischen Armee als Offiziere und Soldaten dienen.

18. August: Die Hauptstadt St. Petersburg wird in Petrograd umbenannt.

1915, 2. Februar: »Liquidationsgesetze«. In einem 150 km tiefen Grenzstreifen soll der Landbesitz russischer Untertanen deutscher, österreichischer und ungarischer Herkunft zwangsveräußert werden.

26. bis 29. Mai: Antideutscher Pogrom in Moskau mit mehreren Toten und Verwundeten

14. Juni: Beginn der Deportation der deutschen Kolonisten aus Wolhynien ins Innere des Landes, dem weitere Abschiebungen aus den Gouvernements Kiew und Podolien folgten. Insgesamt betraf dieses Schicksal circa 200 000 Menschen.

1917, 6. Februar: Die Liquidationsgesetze erstrecken sich auf das ganze Land.

27. Februar: Die bürgerlich-demokratische Revolution stoppt weitere Zwangsaussiedlungen und -enteignungen. Kongresse der »russischen Deutschen« finden in Moskau, Saratow und Odessa statt.

25. Oktober: Oktoberrevolution, Machtergreifung der Bolschewiki

1918-22: Revolution, Bürgerkrieg, Epidemien und die katastrophale Hungersnot 1921/22 fordern mehrere Millionen Opfer und führen zum totalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenbruch Sowjetruslands. Zehntausende Russlanddeutsche flüchten in die Emigration; allein in der Ukraine und im Wolgagebiet sterben an Hunger nicht weniger als 100 000 deutsche Bauern.

1918, 1. bis 14. Februar: Wolgadeutscher Kongress in Warenburg, der auf Grundlage des deklarierten Selbstbestimmungsrechts eine territoriale Autonomie verlangt
April: Vertreter der Wolgadeutschen werden nach Moskau entsandt, um mit der Zentralregierung die Frage der Selbstbestimmung auszuhandeln. Bildung eines »Kommissariats für deutsche Angelegenheiten im Wolgagebiet« mit Ernst Reuter an der Spitze

19. Oktober: Die Regierung genehmigt die Errichtung der Gebietsautonomie (Arbeitskommune) der Wolgadeutschen mit Katharinenstadt (ab 1919 Marxstadt) als Zentrum. Die Gesamtfläche beträgt 19 694 km².

1919, Juli bis August: Bewaffnete Erhebung der deutschen Bauernschaft in Großliebental, Kreis Odessa, gegen bolschewistische Lebensmitteleintreibungen und Mobilisierungen zum Militärdienst

Oktober bis Dezember: Blutige Pogrome in Mennoniten-Siedlungen der Südukraine

1920, 28. August: Die erste sowjetrussische Volkszählung registriert in der Arbeitskommune der Wolgadeutschen 452 629 Einwohner, darunter 96 Prozent Deutsche.

1921, März bis April: In mehreren wolgadeutschen Dörfern finden Hungeraufstände statt, die brutal niedergeschlagen werden.

März: Übergang zur »Neuen Ökonomischen Politik« (NÖP, 1921-1928)

Das wolgadeutsche Gebiet bildet das Epizentrum der katastrophalen Hungersnot im Land. Die Bevölkerung geht 1921 um 20,5 Prozent auf 359 460 Menschen zurück.

1922, 22. Juni: Territoriale Erweiterung des wolgadeutschen Gebiets durch Eingliederung von russischen und ukrainischen Siedlungen. Die Hauptstadt wird nach Pokrowsk (ab 1931 Engels) verlegt. Die Fläche vergrößert sich um 27 Prozent auf 24 940 km² und die Bevölkerungszahl um 48 Prozent auf 502 099 Menschen.

30. Dezember: Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

1923, 13. Dezember: Das Politbüro des ZK¹ der Russländischen Kommunistischen Partei (B) unter Stalins Vorsitz stimmt dem Vorschlag aus Pokrowsk zu, das wolgadeutsche Gebiet in eine autonome Republik umzuwandeln.

1924, 20. Februar: Regierung der RSFSR bestätigt in einem Dekret offiziell die Umwandlung des Gebiets in eine autonome Republik.

1924-34: Gründung von deutschen nationalen Rayons (Landkreisen) und Dorfsowjets in der Ukraine, auf der Krim, in Sibirien, Kasachstan und anderen Territorien mit deutscher Landbevölkerung. Ende der 1930er-Jahre werden sie alle aufgelöst.

1926: Laut Volkszählung leben in der Sowjetunion 1 238 549 Deutsche, davon in der Ukraine 393 924, in der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen (ASSRdWD) 379 630 und auf der Krim 43 631.

1929, Oktober bis Dezember: Aus Protest gegen die Zwangskollektivierung und Religionsverfolgung fahren etwa 13 000 Deutsche, vornehmlich Mennoniten, auf eigene Initiative nach Moskau und fordern freie Ausreise. 5 671 Menschen dürfen über Deutschland nach Nord- und Südamerika ausreisen.

1930, Januar: Beginnende Massenverhaftung katholischer Pfarrer und Laien in der ASSRdWD. Am 20. April und 6. Juni 1931 werden im Prozess gegen die angeblich »faschistische konterrevolutionäre katholische Organisation der Wolgadeutschen« 20 angeklagte Geistliche und mehrere aktive Gläubige zu hohen Strafen verurteilt.

1932-33: Zweite große Hungersnot an der Wolga, ferner in Kasachstan und in der Ukraine als direkte Folge der überstürzten Kollektivierung. Unter den Millionen Opfern sind auch Zehntausende Deutsche.

1934, 5. November: Das ZK der Partei verschickt eine Anordnung in alle Landesteile, die zum Kampf gegen »Faschisten« unter den Russlanddeutschen auffordert. Es folgen mehrere Schauprozesse gegen Empfänger der Auslandshilfe.

¹ Zentralkomitee

1936: Zwangsaussiedlung von 69 283 Polen und Deutschen aus den Grenzgebieten der Ukraine nach Kasachstan. Deutscher Nationalrayon »Pulin« im Gebiet Shitomir wird aufgelöst.

Juni: Die Verhaftungen von mittleren Staats- und Parteikadern, Hochschullehrern, Studenten und Kulturschaffenden, die der angeblich faschistischen und konterrevolutionären Organisation »Nationalbund der Deutschen in der Ukraine« angehören sollen, beginnen. In den folgenden Strafprozessen werden bis Ende 1937 Hunderte Menschen, mehrheitlich Deutsche, abgeurteilt und größtenteils erschossen.

1937-38: »Der Große Terror«: Die sowjetische politische Strafjustiz verurteilt in diesen zwei Jahren 1 345 000 Menschen, von denen 681 692 erschossen werden. Die deutsche Minderheit ist davon überproportional betroffen: Obwohl sie nur 0,8 Prozent der Bevölkerung der UdSSR stellt, hat sie 55 000 Tote, das sind acht Prozent der Justizmorde, zu beklagen.

1941, 22. Juni: Angriff von NS-Deutschland auf die Sowjetunion

28. August: Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR »Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen«

30. August bis 20. September: 438 715 Personen werden offiziell aus der einstigen ASSRdWD und aus den Gebieten Saratow und Stalingrad nach Sibirien und Kasachstan verbannt.

7. September: Das Territorium der Wolgarepublik wird auf die Nachbargebiete Saratow und Stalingrad aufgeteilt.

8. September: Stalin verfügt die Entfernung aller Deutschen aus den kämpfenden Einheiten, aus den Militärfach- und Hochschulen.

Weitere Deportationen aus dem europäischen Teil der UdSSR folgen. Insgesamt sind davon bis Ende des Jahres etwa 800 000 Personen betroffen.

1942: Durch geheime Regierungsbeschlüsse vom 10. Januar, 14. Februar und 7. Oktober werden im Lauf des Krieges circa 350 000 russlanddeutsche Jugendliche, Frauen und Männer zur Zwangsarbeit ausgehoben.

1943-44: Im Laufe des Krieges wurde pauschal eine Reihe von Völkern der Kollaboration mit den deutschen Besatzern bezichtigt (Krimtataren, Tschetschenen, Kalmücken u.a.) und nach Sibirien und Zentralasien verbannt. Als so genannten Sondersiedlern blieben ihnen, ähnlich den »Sowjetbürgern deutscher Nationalität«, wichtige Bürgerrechte vorenthalten.

1948, 26. November: Die Bedingungen für Deutsche und andere Sondersiedler werden durch ein Dekret verschärft, das die Verbannung »auf ewig« festschreibt und für unerlaubtes Verlassen des Aufenthaltsortes 20 Jahre Straflager vorsieht.

1949-52: In dieser Zeit finden eine Reihe von geheimen Strafprozessen gegen mennonitische und andere freikirchliche Gemeinden der deutschen Minderheit in

Kirgisien, Kasachstan, Sibirien und im Ural statt, die für die betroffenen Gläubigen mit harten Strafen, bis zu 25 Jahre Lagerhaft, enden.

1953, 3. März: Stalins Tod löst eine vorsichtige Liberalisierung der sowjetischen Gesellschaft aus, u. a. schrittweise Rehabilitierung der Opfer politischer Strafjustiz, und führt zu einer spürbaren Verbesserung der Lage der deportierten Völker.

1955, 13. Dezember: Aufhebung des Sondersiedlerstatus und Befreiung von der Kommandanturaufsicht

1963-64: Im Zuge des heranrückenden 200-jährigen Jubiläums der Ansiedlung an der Wolga entstehen zahlreiche Gruppen, die für Gleichberechtigung der deutschen Sowjetbürger eintreten. Sie fordern eine vollständige Rehabilitierung der Deutschen.

1964, 3. Juli: Das Sekretariat des Zentralkomitees schlägt vor, ein Dekret über die Teilrehabilitierung der »Sowjetbürger deutscher Nationalität« anzunehmen.

29. August: Ein Erlass hebt den Vorwurf des Verrats der Wolgadeutschen und anderer Gruppen der deutschen Minderheit als unbegründet auf, lehnt es aber ab, den Deportierten die Rückkehr zu ermöglichen und die Autonomie wiederherzustellen.

1965-73: Autonomieanhänger werden vom KGB, der Staatsanwaltschaft und von der Miliz überwacht, eingeschüchert, unter Druck gesetzt und als Nationalisten diffamiert. Angesichts der vergeblichen Versuche, vollständig rehabilitiert zu werden, macht sich Enttäuschung breit und der Wunsch erstarbt, nach Westdeutschland und teilweise auch in die DDR auszureisen, um dort Glaubens- und Gewissensfreiheit, rechtliche Gleichheit und die erwünschte sprachlich-kulturelle Umgebung zu finden.

1971-82: Dutzende Strafprozesse gegen Ausreisewillige; immerhin gelingt es in diesen Jahren mehr als 70 000 Russlanddeutschen, nach hartem Ringen mit den Behörden, in die Bundesrepublik auszureisen.

1972, 3. November: Per Ukas² wird Deutschen erlaubt, ihren Wohnsitz in der UdSSR nun frei zu wählen.

1973, 30. September: In Karaganda, Kasachstan, demonstrieren etwa 400 Ausreisewillige, die mit Gewalt auseinandergetrieben werden.

1974, 26. Juni: Als Reaktion auf die wachsende Ausreisebewegung nimmt das ZK der KPdSU den Beschluss »Über die Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit unter den Bürgern deutscher Nationalität in der UdSSR« an.

1979: Halbherzig schlägt die Regierung vor, im Norden Kasachstans ein deutsches autonomes Gebiet zu gründen, woraufhin in Zelinograd antideutsche Demonstrationen der kasachischen Bevölkerung stattfinden.

² Erlass / Anordnung

1987, 1. Januar: Nach dem Inkrafttreten der neuen Regierungsverordnung über die Aus- und Einreise erreichen die Aussiedlerzahlen mit 14 488 Menschen den höchsten Stand seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR 1955.

1989-92: Die russische Bevölkerung im Gebiet Saratow protestiert vehement gegen jegliche Form einer Selbstbestimmung und -verwaltung der einst Deportierten und ihrer Nachkommen.

1989: Volkszählung registriert 2 036 000 Deutsche, darunter in Kasachstan 957 518, in der RSFSR 842 033 und in Kirgisien 101 309.

März: Gründung der nationalen Gesellschaft »Wiedergeburt«, deren primäres Ziel die vollständige Rehabilitierung der russlanddeutschen Minderheit ist

14. November: Erklärung des Obersten Sowjets der UdSSR »Über die Bewertung der Repressionsakte gegen Völker, die gewaltsam umgesiedelt wurden, als ungesetzlich und verbrecherisch, und über die Gewähr der Rechte dieser Völker«

1991, 12. bis 15. März: Außerordentlicher Kongress der gewählten Vertreter der deutschen Bevölkerung, der die unverzügliche Wiederherstellung der autonomen Republik als unabdingbare Voraussetzung ihrer rechtlich-politischen Gleichstellung und nationalkulturellen Entwicklung fordert

26. April: Russland erklärt mit dem Gesetz »Über die Rehabilitierung der repressierten Völker« die Deportationen der Russlanddeutschen und anderer Völker für gesetzwidrig und verbrecherisch.

1. Juli: In der Region Altai, Sibirien, wird der 1938 aufgelöste deutsche Landkreis »Halbstadt« wiederhergestellt.

1992, 8. Januar: In einer Rede im Gebiet Saratow erteilt der Präsident Boris Jelzin den Autonomieplänen eine unmissverständliche Absage.

18. Februar: Gründung des deutschen nationalen Rayons »Asowo« im Gebiet Omsk, Sibirien

21. Februar: Jelzin erlässt den Ukas »Über sofortige Maßnahmen zur Rehabilitierung der Russlanddeutschen«, in dem ein deutscher nationaler Rayon im Gebiet Saratow und ein Landkreis im Gebiet Wolgograd vorgesehen sind. Diese Vorhaben werden allerdings nicht umgesetzt.

23. April: Gründung der gemeinsamen deutsch-russischen zwischenstaatlichen Regierungskommission, die sich um die Belange der deutschen Minderheit in Russland kümmern soll

1994, 23.-27. April: Erste Sitzung der gemeinsamen deutsch-kasachischen Regierungskommission, die für die Förderung der Deutschen in Kasachstan zuständig ist

25. August: Eröffnung des Deutschen Hauses in Almaty, der damaligen Hauptstadt Kasachstans. Es beherbergt bis heute die Redaktion der zweisprachigen Zeitung

»Deutsche Allgemeine«, die Führungsgremien der Republikorganisation »Wiedergeburt« und andere Verbände der deutschen Minderheit.

1997, 8. Juli: Beschlussfassung über das föderale Programm zur sozialen und kulturellen Entwicklung der Russlanddeutschen für die Jahre 1997-2006

2. September: Eröffnung des Deutsch-Russischen Hauses in Moskau im Beisein von Bundespräsident Roman Herzog, in dem seither die wichtigsten Organisationen der deutschen Minderheit ihren Sitz nehmen

1999: Wegen massiver Abwanderung registrieren die Volkszählungen in Kasachstan nur 353 462 und Kirgisien nur 21 470 Deutsche.

2008: In der RF³ existieren 29 regionale NKAs⁴, sechs regionale deutsch-russische Häuser (Nowosibirsk, Tomsk, Barnaul, Astrachan, Marx und Kaliningrad), fast 400 Begegnungszentren in den Städten und Dörfern, die eine verzweigte Struktur der sog. Selbstorganisation der Minderheit mit Sonntagsschulen, Sprachkursen, Kunstzirkeln, Freizeitklubs usw. bilden, die weitgehend von Deutschland finanziert werden.

2010: Laut der letzten Volkszählung leben in der RF etwa 394 000 Deutsche, schwerpunktmäßig in den einstigen Verbannungs- und Zwangsarbeitsgebieten in Westsibirien und im Ural.

2011, 28. August: Nach langen Querelen wird das Denkmal für die deutschen Opfer der Deportation in Engels, der einstigen Hauptstadt der Wolgarepublik, enthüllt.

2013-14: Gedenkveranstaltungen in den Ländern der GUS zum 250. Jahrestag des Einladungsmanifestes von Katharina II. und zur Ankunft der ersten deutschen Einwanderer an der Wolga

2014, 21. April: Der russländische Präsident Wladimir Putin unterschreibt einen Erlass über Maßnahmen zur Rehabilitierung der Krimtataren, Deutschen und anderer Völker von der Krim, die Opfer von Verbannungen und Repressionen wurden.

2016 31. Januar: Präsident Putin verfügt, im Erlass von Boris Jelzin »Über sofortige Maßnahmen zur Rehabilitation der Russlanddeutschen« vom 21. Februar 1992, jede Erwähnung der territorialen Rehabilitierung und der deutschen Autonomie zu streichen.

2018 Mehrere Veranstaltungen in Russland und in Deutschland anlässlich des 100. Jahrestags der Gründung der Deutschen Autonomie an der Wolga.

(Die Zeittafel entstammt dem Buch *Viktor Krieger, Kolonisten, Sowjetdeutsche, Aussiedler. Eine Geschichte der Russlanddeutschen*, Bonn: Bundeszentrale der politischen Bildung 2015 (Bd. 1631); mit moderaten Kürzungen.)

³ RF: Russländische Föderation

⁴ Nationale Kulturautonomie der Russlanddeutschen (NKA): ein russlanddeutscher Interessenverband in Russland